

# STELLUNGNAHME /

## Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa /

5

Die Corona-Pandemie hält die Welt 2020 in Atem. Sie verschlingt ungeahnte Ressourcen und hat weitreichende politische Interventionen in das gesellschaftliche Zusammenleben zur Folge. Gerade in fragilen Weltregionen drohen sozioökonomische Verwerfungen und politische Unruhen. Eine globale Pandemie braucht globales Handeln, in der Reichweite und im Design. Der EU kommt dafür besondere Verantwortung zu. Wenn die derzeitigen Krisen kooperativ bewältigt werden, bietet dies auch Chancen für die Welt „danach“. Im Schatten der Pandemie sind zugleich andere Friedensgefährdungen aus dem Blick geraten oder verschärfen sich. Auch diese müssen im Blick behalten und bekämpft werden.

Wir können im Frühjahr 2020 keine Analyse zum Zustand des Friedens in der Welt schreiben, ohne auf die Corona-Pandemie einzugehen. Die Wucht, mit der die Corona-Krise andere Themen beeinflusst und verdrängt, ist enorm. Das Virus, das zuerst in China auftauchte, hat sich schnell über den gesamten Globus verbreitet. Versuche der Eindämmung haben zu teils massiven Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten geführt. Social distancing wird zum neuen Modus des Zusammenlebens. Spekulationsgeschäfte auf fallende Kurse greifen um sich. Nationale Volkswirtschaften brechen nach und nach ein. Das sind erhebliche Stressfaktoren für den gesellschaftlichen und den internationalen Frieden.

In Europa richtet sich die Aufmerksamkeit in der Corona-Krise vorrangig auf Themen des innergesellschaftlichen Friedens und auf die Frage, wie solidarisch unsere Gesellschaften sind. Aber die Pandemie trifft andere Weltregionen genauso oder dramatischer – und auch sie gilt es in den Blick zu nehmen, wenn wir über Friedensgefährdungen nachdenken. Gerade in den ärmsten Ländern besteht die Gefahr, dass als Folge der nächsten Wellen

der Pandemie Gesundheitssysteme kollabieren, massive Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und sauberem Trinkwasser eintreten, aber auch staatliche Institutionen versagen und politische Unruhen sowie erhöhte Alltagsgewalt die Folge sind.

6

In den großen Konflikten der Gegenwart interessiert diejenigen das Virus nicht, die den Konflikt zu ihren Gunsten entscheiden wollen. Die Opfer in den Krisenregionen konzentrieren sich aufs unmittelbare Überleben – und sind dem Virus schutzlos ausgeliefert. In Idlib, im Jemen oder im Südsudan wird nicht getestet oder behandelt, nur weiterverbreitet und gestorben. Daher ist der Aufruf des VN-Generalsekretärs zu einem globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt die richtige Antwort. Der Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, ohnehin eher Anspruch als Praxis, wird in Corona-Zeiten noch prekärer → **1**. Auch für Flüchtlinge verschärft sich die humanitäre Situation drastisch. Auf Lesbos wurden im März/April 2020 die Lager abgeriegelt, sodass der Zugang zu sozialen Hilfsangeboten und -projekten in einer Situation wegfiel, in der durch Überfüllung ohnehin Unruhen aufflammen konnten. Die EU setzte zugleich ihre humanitären Umsiedlungs-Programme aus. Generell schotteten sich die Staaten, die es konnten, noch mehr ab als zuvor.

Ein globaler Waffenstillstand ist die richtige Antwort in der Corona-Krise

Die immensen Ressourcen personeller, finanzieller, aber auch kognitiver Natur, die Gesellschaften zur Bewältigung der Corona-Krise mobilisieren, werfen einen langen Schatten, in dem andere Problemlagen und Gefährdungen des Friedens vernachlässigt werden oder sogar aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Dazu zählen der Klimawandel → **F**, der Zustand bürgerlicher Freiheiten in und außerhalb Europas → **2** oder die fortbestehenden Gefahren rechter Gewalt → **5**.

Doch nicht nur die Aufmerksamkeit für Themen wandelt sich im Schatten von Corona. Auch die Ebenen, auf denen Politik ausgehandelt und umgesetzt wird, verschieben sich ins Nationale – bis hin zum Isolationismus. Ausgerechnet der Kampf gegen ein Virus, das sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über den ganzen Globus verbreitet, wird vor allem mit den Mitteln nationaler Politik geführt. Geschlossene Grenzen, Alleingänge, Konkurrenz um Schutzkleidung, medizinische Instrumente, Medikamente und Impfstoffe – die Corona-Krise hat eine Tendenz verstärkt, die schon seit längerem zu beobachten war: Statt multilaterale Zusammenarbeit zu suchen, gehen Staaten allein vor.

Nationale Alleingänge statt multilateraler Zusammenarbeit im Kampf gegen COVID-19

Hinzu kommt, dass Regierungen auf der ganzen Welt im Kampf gegen das Virus grundlegende Freiheitsrechte einschränken. Dieser erhebliche Machtzuwachs der Exekutive darf nicht grenzenlos andauern. Auslaufklauseln sind erforderlich, wenn Demokratie und Bürgerrechte nicht dauerhafte Schäden davontragen sollen. Während in Deutschland und in anderen Ländern schon früh die Gefahren eines Ausnahmezustands dieser Tragweite diskutiert wurden, haben manche Regierungschefs wie etwa der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Corona-Krise als Möglichkeit genutzt, demokratische Strukturen weiter zurückzubauen.

Das Friedensgutachten 2020 nimmt friedenspolitische Themen auf, die vor der Corona-Pandemie zentral waren und dies auch bleiben – selbst wenn sie nun in den Schatten der Krise geraten sind. Wir fordern, diese Themen nicht zu vernachlässigen: die Intensivierung des Klimaschutzes, den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, den richtigen Umgang mit Massenprotestbewegungen, eine auf Resilienz ausgerichtete Cyberstrategie, die Einhegung von Großmachtrivalitäten mittels internationaler Kooperationen sowie die Bekämpfung digitaler Hasskulturen. Corona kann für diese Felder friedenspolitischen Handelns beides sein: Krise, aber auch Chance. In welche Richtung sich das Pendel bewegt, ließ sich bei Redaktionsschluss für diese Stellungnahme (30. April 2020) noch nicht zuverlässig beurteilen.

Friedenspolitik darf trotz Corona-Pandemie nicht vernachlässigt werden

## ➤ **KLIMASCHUTZ WEITERHIN PRIORISIEREN UND FRIEDENSFÖRDERND GESTALTEN**

Der Klimawandel ist und bleibt eine große Herausforderung für den Frieden, da er in vielen Regionen die Lebensbedingungen beeinträchtigt, das Konfliktrisiko steigert und nachhaltige Friedenssicherung erschwert. Die nachweisbaren Auswirkungen des Klimawandels auf Gewaltkonflikte sind bisher aber begrenzt. Vereinfachende Annahmen, dass der Klimawandel notwendig zu mehr Gewalt und Krieg führe, sind nicht haltbar.

Unbestritten ist Klimawandel aber ein Stressfaktor und Risikomultiplikator in bereits konfliktträchtigen Situationen, der mit steigender Erwärmung zunimmt. Dies gilt insbesondere in Regionen, in denen bereits jetzt die Lebensbedingungen schlecht und institutionelle Strukturen fragil sind. Die Friedensgefährdungen des Klimawandels sind daher regional sehr ungleich verteilt. Friedenspolitische Vorsorge gegenüber Klimarisiken muss Unterschiede zwischen den Verursachern und den Geschädigten der Klimaveränderungen berücksichtigen.

Klimawandel: Stressfaktor in konfliktträchtigen Situationen

Traditionelle sicherheitspolitische Instrumente, insbesondere Rüstung und Militär, sind für die Bewältigung der Klimakrise ungeeignet, belasten selbst die Umwelt und stehen einer friedlichen Konfliktlösung im Weg. Gefordert sind Politiken und Instrumente, mit denen eine kooperative Bewältigung des Klimaproblems und eine nachhaltige Friedenssicherung erfolgen können. Insbesondere Maßnahmen an der Schnittstelle von Klima-, Entwicklungs- und Friedenspolitik müssen abgestimmt werden. Frühwarnung, Krisenprävention und Analyse friedensrelevanter Auswirkungen des Klimawandels sollten gestärkt werden. Eine zivile Klimapolitik aus Emissionsvermeidung und Klimaanpassung muss konflikt sensitiv sein, um unbeabsichtigte negative Folgen zu vermeiden.

Klimapolitik muss konflikt sensitiv sein

Die Corona-Pandemie ist eine große Herausforderung für globale Bemühungen um den Klimaschutz. Aktuelle Eindämmungsmaßnahmen der Corona-Verbreitung führten als Nebeneffekt zwar punktuell zu einer verbesserten Umweltbilanz, sind jedoch nicht nachhaltig. Der bereits wahrnehmbare Verlust an Aufmerksamkeit für globale Klimaschutzpolitik und eine

Veränderung politischer Prioritäten in der Folge der Corona-Pandemie werden möglicherweise die Pariser Klimaziele gefährden. Umso notwendiger ist es, auch unter den aktuellen Bedingungen Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um die bereits absehbaren langfristigen negativen Folgen des Klimawandels für den Frieden abzuschwächen. Außerdem muss Klimaschutz neben Sozialpaketen integraler Bestandteil der Programme zum Wiederaufbau betroffener Ökonomien sein.

## ➤ **AUSGESETZTE HUMANITÄT IST INHUMAN: ZIVILISTEN SCHÜTZEN**

8

Die Corona-Pandemie verschärft die aktuelle globale Konfliktlage dramatisch, insbesondere im globalen Süden. Es ist zu befürchten, dass die Verbreitung von COVID-19 internationale Konflikte eskaliert, fragile Staaten weiter schwächt und vor allem die Lage der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten und die Situation von Geflüchteten drastisch verschlechtert. Überall dort, wo viele Menschen auf engstem Raum und ohne ausreichende Hygiene zusammenleben, muss mit einer schnellen Ausbreitung des Virus, steigenden Opferzahlen und dem völligen Zusammenbruch einer ohnehin fragilen Ordnung gerechnet werden.

Zivilbevölkerung  
in der Corona-Krise  
schützen

In der gegenwärtigen Lage sind Deutschland und die EU-Staaten vor allem mit sich selbst beschäftigt. Humanitäre Initiativen, wie die geplante Aufnahme von Flüchtlingskindern, wurden gedrosselt. Gleichzeitig gehen die Konflikte, wie etwa der Bürgerkrieg in Syrien, unvermindert weiter. Nach massiven militärischen Angriffen im März 2020 auf zivile Einrichtungen in der Region Idlib drängten Flüchtende in das syrisch-türkische Grenzgebiet. Gleichzeitig erhöhte die Türkei den Flüchtlingsdruck auf Griechenland und damit die EU. Die Lage in den Flüchtlingslagern, den syrischen, den türkischen und denen auf den griechischen Ägäis-Inseln, verschärfte sich zusehends. Ein Ausbruch der Corona-Pandemie in diesen Lagern, etwa dem Lager Moria auf Lesbos, das für 3.000 Menschen vorgesehen war, aber im Frühjahr 2020 von rund 21.000 Menschen bewohnt wird, könnte sich zu einer humanitären Katastrophe entwickeln.

Die Europäer sollten vor allem die externen Kräfte im Syrienkonflikt – Russland, den Iran und die Türkei – zu einer Waffenruhe drängen, um die Lage um Idlib zu entspannen. Angesichts des auch hier erwarteten Ausbruchs der Krankheit ist entscheidend, zunächst die grenzüberschreitende humanitäre Hilfe langfristig sicherzustellen, dann aber, gleichsam im Schatten von Corona, eine politische Lösung des Konflikts anzustreben. Ähnliches gilt für andere Konflikte wie etwa in Afghanistan, Somalia, im Kongo, im Jemen oder in Mali.

Externe Kräfte im  
Syrienkonflikt zu  
Waffenruhe drängen

Auch innerhalb der europäischen Grenzen bietet die Corona-Krise die Chance, mit starken und mutigen Entscheidungen ein humanitäres Zeichen zu setzen: Mithilfe massiver EU-Unterstützung für Griechenland sollten die völlig überfüllten Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln aufgelöst und die Flüchtlinge in sichere Unterkünfte auf dem Festland gebracht werden – mit Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und -diensten. Gleichzeitig sollten die

Flüchtlingslager in  
Griechenland auflösen

Asylverfahren stark beschleunigt und anerkannte Flüchtlinge in aufnahmewillige EU-Staaten umgesiedelt werden. Das würde nicht nur der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen, sondern auch dem Selbstverständnis europäischer Politik. Denn „ausgesetzte“ Humanität ist schlicht inhuman.

## ➤ **SOZIALE PROTESTE: VON DER REPRESSION ZU NEUEN UNRUHEN?**

Massenprotestbewegungen sind ein globales Phänomen. Eine direkte Herausforderung für die internationale Politik sind Anti-Regime-Proteste, die sich gegen politische Systeme als Ganzes in Demokratien (z.B. Bolivien, Indonesien) und Autokratien (z.B. Algerien, der Sudan) richten. Die durch diese Proteste vorangetriebenen politischen Umbrüche können zum Aufbau einer freieren und gerechteren Gesellschaft führen, aber auch in politischer Instabilität oder Gewalt münden. Dies gilt insbesondere dann, wenn Regierung und Sicherheitsapparate mit unverhältnismäßiger Repression reagieren. Die Bundesregierung sollte während und vor allem nach dem Ende der Protestbewegungen eine proaktive Rolle bei Vermittlung und Dialog einnehmen.

Deutschland sollte proaktiv vermitteln und Dialog fördern zwischen Protestbewegungen und Regierungen

Die mit der Corona-Pandemie einhergehenden staatlichen Restriktionen und sozialen wie ökonomischen Konsequenzen dürften die Zahl und Intensität von Protestbewegungen zunächst begrenzen. Im März 2020 zeigte sich, dass sich einige der Bewegungen von der Straße ins Internet oder auf die Balkone verlagerten (z.B. Proteste gegen die Monarchie in Spanien). Abzuwarten bleibt, welchen Einfluss diese Art von Protest auf das politische Geschehen ausüben kann. Mit zunehmender Dauer der Corona-Pandemie kann es jedoch sein, dass es auch zu Massenprotesten auf der Straße gegen die erlassenen Einschränkungen sowie gegen die ökonomischen und sozialen Auswirkungen kommt. Besonders dramatisch ist die Lage dort, wo Menschen zwangsweise auf engstem Raum zusammen sein müssen, etwa in Flüchtlingslagern, Slums und auch in Gefängnissen.

Eine weitere Auswirkung der Corona-Krise sind die gravierenden Eingriffe in die Grundrechte der Bürger, um die Verbreitung des Virus aufzuhalten. Während die Eingriffe in stabilen demokratischen Systemen mutmaßlich temporärer Natur sind, eröffnen sie anderen Regierungen die Möglichkeit, die eigene Macht zulasten demokratischer und individueller Freiheitsrechte systematisch zu stärken. Es ist daher ein erheblicher Rückgang der demokratischen Rechte weltweit zu befürchten, der über mehrere Jahre fort dauern könnte. Die Bevölkerung wird sich gegen diese Eingriffe vermutlich erheben, wenn Regierungen ihre Gesellschaften nicht vor den gravierenden Auswirkungen des Virus schützen können. Ähnliches gilt im Falle wirtschaftlicher Verwerfungen, die vor allem besonders verwundbare Bevölkerungsschichten treffen dürften. Gerade in fragilen Staaten sind dann Massenproteste und letztlich sogar der Zusammenbruch von politischen Systemen möglich. Problematisch ist, dass der Bundesregierung momentan strategische Leitlinien fehlen, wie sie auf Protestbewegungen und die von ihnen ausgelösten politischen Umbrüche reagieren sollte.

Einschränkungen aufgrund von Corona gefährden demokratische Rechte weltweit

## ↘ **ZWISCHEN CYBERFRIEDEN UND CYBERKRIEG: RÜSTUNGSDYNAMIKEN**

10

Weltweit war 2019 eine kontinuierliche Steigerung der Militärausgaben zu konstatieren. Auch in Deutschland stiegen die Militärausgaben 2019 um 12 % auf 47,9 Mrd. €. Gleichzeitig genehmigte die Bundesregierung 2019 einen neuen Rekordwert an Rüstungsexporten in Höhe von mehr als acht Mrd. € – darunter an Länder, deren Menschenrechtssituation als sehr schlecht eingestuft wird bzw. die sich aktiv an Kriegen beteiligen. Zudem werden gegenwärtig die Weichen für eine Europäisierung der Rüstungsproduktion gestellt. Es besteht die Gefahr, dass hierdurch deutsche Rüstungsexportregelungen unterlaufen werden. Die Corona-Pandemie wird in den kommenden Jahren eine globale Wirtschaftsrezession auslösen. Ob eine Folge davon rückläufige Militärausgaben und Rüstungsexporte weltweit und in Deutschland sein werden, ist offen. Angesichts der enormen Mittel, die zur wirtschaftlichen, sozialen und medizinischen Krisenbewältigung erforderlich sind, ist der vorgesehene Aufwuchs der Militärausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Ausgaben für Militär und Rüstung müssen angesichts der Kosten der Krise auf den Prüfstand

Zugleich mehren sich seit Frühjahr 2020 die Anfragen an die Streitkräfte, neue zivile Betätigungsfelder zu übernehmen, etwa beim Schutz kritischer Infrastruktur oder in der Gesundheitsfürsorge. Sollte sogar Amtshilfe in Form militärischer Unterstützung der Polizei beispielsweise bei Patrouillen angefordert werden, wird es wichtig sein, auch diese Maßnahmen über Auslaufklauseln zeitlich klar zu begrenzen. Die originäre Aufgabe des Militärs ist die Landesverteidigung im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme. Bei der Übernahme ziviler Aufgaben drohen Ineffizienz und eine Vermischung von militärischen mit nicht-militärischen Funktionen.

Die ambivalenten Effekte eines Hineinwirkens des Militärs in die zivile Sphäre untersucht das Friedensgutachten ausführlicher am Beispiel des Cyberraums. Viele Staaten verfügen über militärische Cybereinheiten. Konzepte der Abschreckung und Vorwärtsverteidigung gewinnen die Oberhand. In Abgrenzung dazu sollte die Bundesregierung vor allem die Resilienz der deutschen Cyberinfrastruktur stärken und nicht in den Aufbau präemptiver Kapazitäten investieren. Militärische Hackbacks sollten auf begründete Ausnahmefälle, die der Zustimmung des Bundestags bedürfen, beschränkt bleiben. Um einem Wettrüsten im Cyberraum entgegenzuwirken, muss die Bundesregierung grundlegende Normen bekräftigen und unter dem Dach der VN für die gemeinsame Erarbeitung von Regeln werben: Dazu gehören die Tabuisierung von Angriffen auf den Public Core des Internets sowie der Verzicht auf Cyberattacken gegen kritische zivile Infrastrukturen. Um die Logik einer Vorwärtsverteidigung im Cyberraum zu durchbrechen, sollte Deutschland für die Einrichtung eines transnationalen Attributionskomitees werben.

Deutschland soll sich für internationale Regulierung des Cyberraums einsetzen

## ➤ **LEHREN ZIEHEN AUS DER CORONA-KRISE: DIE MULTILATERALE ORDNUNG**

Die Corona-Pandemie hat bestehende Trends zu nationalen Alleingängen und zur Schwächung internationaler Kooperation verstärkt. Letzteres wird vor allem durch die Großmacht-rivalitäten zwischen China, Russland und den USA vorangetrieben. Verschärft wird diese Problematik durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern Europas und in den USA, die generell skeptisch gegenüber internationaler Kooperation sind und die jeweiligen Regierungen davon abhalten, sich proaktiv für internationale Institutionen einzusetzen.

Corona-Pandemie  
wirft Schlaglicht auf  
die Krise interna-tionaler Zusammenarbeit

11

Die Corona-Pandemie wirft ein Schlaglicht auf diese Krise internationaler Institutionen. Dies lässt sich an den nationalen Alleingängen im Krisenmanagement aufzeigen, aber auch am fehlenden Willen, angemessen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO zu kooperieren. Beispiele sind die mangelnde Informationsbereitstellung durch China, die Androhung der Mittelzurückhaltung und die Schuldzuweisungen seitens der USA.

Die Krise kann aber auch zur Chance werden: In der gemeinsamen Krisenerfahrung wird Solidarität erlebt, und für die langfristige Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie werden grenzüberschreitende Programme und Maßnahmen notwendig sein. Für Europa kommt es jetzt darauf an, an dieser Gestaltung mitzuwirken. Dafür braucht es einen strategischen Diskurs über nicht hintergehbare Kernnormen und einen langen Atem. Auch China und Russland haben auf lange Sicht ein Interesse an einer stabilen internationalen Rechtsordnung und sind zur Bewältigung der Corona-Krise auf internationale Kooperation angewiesen. Chinas Wirtschaft profitiert von einem stabilen Freihandelsregime und klaren Rechtsvorgaben. Angesichts der Containment-Strategie der USA, aber eben auch infolge der immensen Kosten der Corona-Pandemie braucht China stabile Beziehungen mit der EU, die einer seiner wichtigsten Handelspartner ist. Russland kann nicht mit Chinas Wachstum und Dynamik mithalten, sodass ihm ebenfalls eine stabile internationale Ordnung entgegenkommt, die seine Interessen und Rechte schützt. Die EU kann und muss diese Chance nutzen, um ihre Vorstellungen 2020 in neue Impulse für Institutionen und Kooperationsprojekte umzumünzen, die für Post-Corona-Zeiten belastbare Entwicklungschancen und Grundrechtsschutz ermöglichen.

China und Russland  
in Bemühungen um  
internationale Koope-  
ration einbeziehen

## ➤ **GRENZENLOSE HASSKULTUREN BEKÄMPFEN**

Bei vielen Herausforderungen, wie dem Umgang mit dem Klimawandel und der Corona-Pandemie, ist das transnationale Element offensichtlich. Deutlich weniger hervorgehoben wird die Transnationalität des Rechtsterrorismus und des Rechtsextremismus. Doch auch digitale Hasskulturen wirken über nationale Grenzen hinweg. Um ihre Dynamik zu brechen, müssen Staaten international kooperieren und rechtsfreie Räume schließen, in denen zur Militanz aufgerufen wird.



Wie sich die Corona-Krise auf die Entwicklung des Rechtsextremismus auswirkt, ist im Frühjahr 2020 zwar noch nicht absehbar. Doch lassen sich zumindest in Deutschland zwei Tendenzen identifizieren: Einerseits warnte der Verfassungsschutz davor, rechtsextreme Ideologen könnten versuchen, über Verschwörungstheorien Unterstützung zu mobilisieren und Migranten als vermeintliche Infektionsträger zu Sündenböcken in der Krise zu machen. Andererseits bietet die bislang umsichtige Politik der „etablierten“ Parteien eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit, bei Teilen der Bevölkerung verlorenes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen wiederzugewinnen.

12

Die Entwicklungen rechter Gewalt in den vergangenen Jahren sind nicht ohne die gezielte Nutzung der sozialen Medien durch die extreme Rechte zu verstehen. Auch wenn es weltweit einen abnehmenden Trend terroristischer Anschläge und ihrer Opfer gibt, sind die Zahlen noch immer hoch. Besorgniserregend ist, dass sich in den vergangenen Jahren die Zahl opferreicher terroristischer Angriffe durch rechtsextreme Täter deutlich erhöht hat. Auch wenn solche Taten von operativen Einzeltätern begangen werden, finden sie im Kontext sprachlicher Verhöhnung, Delegitimierung und offener Feindschaft gegenüber Minderheiten, „Eliten“, „Altparteien“ und demokratischen Verfahren statt.

Aufstieg rechter Gewalt beruht auch auf gezielter Nutzung der sozialen Medien durch die extreme Rechte

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Rechtsterrorismus und des ihm zugrundeliegenden Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Maßnahmen zur Demokratieförderung auf kommunaler, Länder- und Bundesebene müssen hierbei zusammenwirken. Schulen, Kommunalparlamenten, Vereinen und Verbänden müssen mehr Mittel an die Hand gegeben werden, damit sie eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus führen und ausreichende Aufklärungs- und Fürsorgeangebote zur Verfügung stellen können.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Corona-Pandemie ist 2020 das bestimmende Thema. Dennoch müssen andere globale Gefahren für den Frieden auf der politischen Agenda bleiben. Nicht nur die Pandemie selbst und ihre ökonomischen, sozialen und politischen Effekte gefährden menschliche Sicherheit und Frieden; in ihrem Schatten verschärfen sich zudem andere Friedensgefährdungen.

Die Corona-Pandemie muss aber nicht nur als Krise für das globale Ringen um den Frieden betrachtet werden, sie kann auch eine Chance sein für einen Neustart vieler Bemühungen, den Frieden zu stärken. Im Frühjahr 2020 sind nationale Alleingänge die Regel; doch schon jetzt und mit guten Gründen werden die Rufe nach europäisch und global konzertierten Aktionen immer lauter. Dazu zählen beispielsweise die Kooperation in der Produktion und Weitergabe von Schutzutensilien, in der Medikamentenerprobung und in der Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie.



COVID-19 wird alle Länder treffen, wenngleich unterschiedlich hart. Um Verwerfungen zu begrenzen, die Weltwirtschaft wieder anzukurbeln, Volkswirtschaften zu stützen und politische Folgen abzumildern, braucht es internationale Zusammenarbeit. Diese Option ist nicht aussichtslos, denn globale Krisenerfahrungen erzeugen auch globale Solidaritätserfahrungen, die helfen können, Kooperation zu stiften. Europa drohte in den vergangenen Jahren zwischen der Rivalität der Großmächte zerrieben zu werden. Doch die aktuelle Krise könnte die Stunde der Europäer sein. Nach dem Rückzug auf die nationale Ebene im Frühjahr 2020 ist nun europäische Solidarität gefordert. Sie wird sich nicht zuletzt in massiver wirtschaftlicher Unterstützung für diejenigen EU-Länder ausdrücken müssen, denen aufgrund der Corona-Krise die Zahlungsunfähigkeit droht. Darum sollte die Bundesregierung die Bemühungen der EU-Kommission um ein Corona-Konjunkturpaket unterstützen.

Spätestens aber mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie in armen und verwundbaren Weltregionen wird sich zeigen, ob Europa auch zu globaler Solidarität und Visionen in der Lage ist. Dazu wird es wichtig sein, die Entwicklungsetats nicht zurückzubauen, sondern gezielt einzusetzen und zu stärken, um einem Zusammenbruch medizinischer, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Infrastrukturen entgegenzuwirken. Die Resilienz von Krisenregionen wird dabei in den Vordergrund rücken. Mittel- und langfristig wird diese nur erhöht werden können, wenn insbesondere Klimaschutzmaßnahmen konsequent umgesetzt und ausgebaut werden. Aber auch darüber hinaus sind Investitionen in gerechte und nachhaltige Gesellschaften entlang der VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) notwendig, um für zukünftige Krisen besser gerüstet zu sein. Schließlich gibt es in den derzeitigen Gewaltkonflikten einen akuten Bedarf an Vermittlungsinitiativen, um aus humanitären Gründen zumindest eine „Atempause“ zu ermöglichen.

---

**Dr. Claudia Baumgart-Ochse**

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

**Prof. Dr. Christopher Daase**

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

**Prof. Dr. Tobias Debiel**

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

**Prof. Dr. Nicole Deitelhoff**

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

**Prof. Dr. Conrad Schetter**

BICC – Bonn International Center for Conversion

**Prof. Dr. Ursula Schröder**

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

## ↓ RECOMMENDATIONS

14

- 1 Combating coronavirus without abandoning the pursuit of peace** In the shadow of the pandemic, there is a growing danger that violent conflicts and humanitarian emergencies could escalate, and new conflicts emerge. The EU and the German government should intensify their efforts at promoting peace and managing conflicts.
- 2 Europe must grasp the opportunities provided by the pandemic** Rarely has the need for international cooperation been clearer than in the coronavirus pandemic. For the EU, which threatens to be crushed between great power rivalries and self-serving interests, the crisis provides an opportunity to strengthen multilateral cooperation.
- 3 Strengthen EU crisis management capabilities immediately** National governments have been left to deal with COVID-19 for too long. Yet the pandemic reveals just how vital international institutions are. Germany should support both the EU's efforts to combat the virus worldwide and assistance for European states.
- 4 Continue to prioritize climate action while shaping it to promote peace** The climate emergency must not be forgotten about in the throes of the coronavirus pandemic. Even under the present circumstances, measures need to be taken to ameliorate the long-term negative consequences of climate change on peace and human security.
- 5 No unconditional support for authoritarian regimes** The German government supports regime stabilization in many countries. Germany should rather make its support conditional on the easing of restrictions on civil society. This is all the more urgent in view of the increase in repression we have seen during the coronavirus pandemic.
- 6 Provide large-scale support to fragile societies** German development cooperation should provide support for medical and social infrastructure in crisis regions affected by COVID-19 and should do so without excessive bureaucracy. Economic conditionalities imposed by the International Monetary Fund and debt restructuring measures need to be relaxed.
- 7 Take responsibility for the protection of civilians** The German government should reverse the suspension of humanitarian measures and work with European partners on diplomatic initiatives where the pandemic threatens to cause a humanitarian catastrophe. The priorities should be the closure of overcrowded refugee camps and a ceasefire in northern Syria.
- 8 Strengthen defensive cybersecurity** The German government should lobby for a global prohibition of cyberattacks on critical infrastructure. Germany's own strategy should focus on strengthening cyber resilience. Offensive cyber activities should remain the absolute exception.